

„Motivation zur Beteiligung stärken“

Offener Brief an die Verantwortlichen in Rat und Stadtverwaltung. Es geht darum, wie Bürgerbeteiligung künftig gehandhabt wird

Alt-Oberhausen. Seit geraumer Zeit gibt es in Oberhausen einen Arbeitskreis Bürgerbeteiligung. Vor der Sommerpause hat er einen Vorstoß für eine konkretere Bürgerbeteiligung in Sachen John-Lennon-Platz einstimmig (!) zurückgewiesen. Und es gibt Richtlinien zur Bürgerbeteiligung, die aber diejenigen, die den Arbeitskreis anrufen, schlechter stellen, als wenn sie eine normale Eingabe an den Rat der Stadt gerichtet hätten. Das sind die Umstände, die jetzt Udo Sommer zu einem Offenen Brief an Oberbürgermeister, Ratsfraktionen und natürlich den Arbeitskreis veranlasst haben.

Sommer gehörte zu den sechs Bürgern, die angeregt hatten, die bereits fortgeschrittene Planung zum künftigen John-Lennon-Platz nach diesen neuen Richtlinien fortzusetzen. Für deren Erarbeitung hatte es eigens einen anderen Arbeitskreis Bürgerbeteiligung gegeben. Und der entwickelte konkrete Vorgaben. Sie sollten unter anderem verhindern, dass daraus reine Alibi-Veranstaltungen werden, weil Workshops nicht zielorientiert verlaufen und keine konkreten Ergebnisse erbringen.

So wurde noch zuletzt aus der Bürgerschaft massiv kritisiert, dass Planungsdezernentin Sabine Lauxen einen städtebaulichen Wettbewerb zum John-Lennon-Platz durchgeführt hat, dessen Teilnehmer sich an den zuvor erarbeiteten Vorstellungen zweier Bürger-Workshops überhaupt nicht orientieren mussten und trotzdem prämiert wurden.

Dies wenigstens für die noch ausstehende Bürgerbeteiligung anders zu machen, lehnte der neue Arbeitskreis am 28. Juni ebenso ab, wie es keine inhaltliche Begründung gegenüber den Antragstellern dazu gab. Anders, als es bei Eingaben an den Rat der Stadt der Fall wäre.

„Lassen Sie den wunderbaren Gedanken einer Erweiterung unserer Demokratie nicht in der Belanglosigkeit verschwinden. Helfen Sie mit, so dass die Motivation der Bürgerschaft zur Beteiligung gestärkt wird“, bittet Udo Sommer die Verantwortlichen bei der Stadt. mkw

Mehr Miteinander

Zu „Motivation zur Beteiligung stärken“ Udo Sommer zeigt den Umgang des neu installierten Bürgerrates auf. Der Rat hat dem Oberbürgermeister ein handverlesenes Beratungsgremium zugestanden. Er spricht nicht von Alibi-Veranstaltungen, nein er hat einen positiven Appell: „Lassen Sie den wunderbaren Gedanken einer Erweiterung unserer Demokratie nicht in der Belanglosigkeit verschwinden. Helfen Sie mit, so dass die Motivation der Bürgerschaft gestärkt wird.“ Doch an wen geht die Bitte konkret? An den Oberbürgermeister, die Dezernenten oder auch an die Fraktionen?

Udo Sommer kennt die handelnden Personen. Glaubt er wirklich an Veränderung durch zugestandene Mitwirkung für engagierte Mitbürger?

Der offene Brief sollte politisch interessierte Bürger sensibilisieren, sich für das Allgemeinwohl einzubringen und Mitwirkung einzufordern; Mitsprache wurde durch Anhörung der Meinung gewährt. Alleiniger „Herr des Verfahrens“ bleibt der Rat. Die Zukunft aktiv mitgestalten, von der anonymen Stadtgesellschaft zum nachbarschaftlichen Miteinander, diesen Wunsch müssten alle Mitbürger haben.

Siegfried Rübiger,

Styrum

© 2016 FUNKE MEDIEN NRW GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Mit keinem Wort

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung. Herr Räßiger behauptet in seinem Leserbrief vom 11.11.17: „Udo Sommer zeigt den Umgang des neu installierten Bürgerrates auf. Der Rat hat dem Oberbürgermeister ein handverlesenes Beratungsgremium zugestanden.“ – Richtig ist, dass ich in meinem Offenen Brief den „Bürgerrat“ des Oberbürgermeisters mit keinem Wort erwähnt habe, es ging einzig und allein um den „Arbeitskreis Bürgerbeteiligung“ und die „Leitlinien der Bürgerbeteiligung in Oberhausen“. (Der „Bürgerrat“ hat auch überhaupt nichts mit den „Leitlinien der Bürgerbeteiligung in Oberhausen“ zu tun.) Richtig ist, dass der Rat dem Oberbürgermeister kein „Beratungsgremium“ zugestanden hat und dies auch nicht tun musste, da der Oberbürgermeister sich eine solche Beratung ohne Zustimmung des Rates selbst genehmigen kann. Richtig ist, dass im Adressfeld des Offenen Briefs konkret die Adressaten des Offenen Briefs genannt sind.

Richtig ist zwar, dass der Rat der Stadt die letzte Entscheidungsinstanz ist, sich aber trotzdem immer nach geäußertem Bürgerwillen richten darf und kann, sofern er Mehrheiten dazu bildet.

Udo Sommer

© 2016 FUNKE MEDIEN NRW GmbH. Alle Rechte vorbehalten.